

STELLUNGNAHME

zum überarbeiteten BMI Referentenentwurf zum KRITIS Dachgesetz vom 21.12.2023

Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 30 200786-0
sabet@ernaehrungsindustrie.de
www.ernaehrungsindustrie.de

Berlin, 22.01.2024. Die BVE begrüßt, dass mit der nationalen Implementierung der EU CER-Richtlinie mit dem KRITIS Dachgesetz Rahmenregelungen für einen sektorübergreifenden physischen Schutz kritischer Infrastrukturen geschaffen werden sollen und dankt dem Bundesministerium des Innern für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum überarbeiteten Referentenentwurf.

Die BVE unterstützt als Mitglied des UP KRITIS die Stellungnahme des UP KRITIS zum überarbeiteten Referentenentwurf. Als Dachverband der Ernährungsindustrie möchten wir nachfolgende Anmerkungen für einen effizienten und praxistauglichen Schutz der physischen Sicherheit der kritischen Infrastruktur Ernährung ergänzen.

Die Ernährungsindustrie ist in der Mitte der Lebensmittelwertschöpfungskette eine unverzichtbare kritische Infrastruktur zur Sicherung der Lebensmittelversorgung. Die Branche ist überwiegend mittelständisch geprägt und hoch reguliert. Steigende Kosten und Marktanforderungen bei sinkenden Erträgen haben die Branche in den vergangenen Jahren in die Stagnation und an ihre Belastungsgrenzen getrieben. Investitionsanreize für den Standort Deutschland, Kostensenkungen und Entbürokratisierung sind zwingend notwendig. Unter diesen Gesichtspunkten muss jegliche den Sektor betreffende neue Regulierung eine umfassende Folgen- und Kostenabschätzung enthalten. Dies ist mit dem überarbeiteten Referentenentwurf noch immer nicht erfolgt. Zudem verweist der überarbeitete Referentenentwurf in vielen inhaltlichen Punkten, wie etwa Anforderungen an Unternehmen, Zusammenspiel zwischen Behörden und Unternehmen oder auch den Bußgeldern, auf noch zu erlassende Bundes- oder Landesgesetzgebung. Auch eine nationale Risikoanalyse, die entscheidend für die Risikoanalysen, Maßnahmenableitungen und Kostenabschätzungen der Unternehmen ist, fehlt bislang. Schließlich bleibt auch unklar unter welchen Kriterien und Grenzen Anlagen der Ernährungsindustrie auch unterhalb der vorgegebenen Schwellenwerte der Kritikalität in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen können. Unter diesen Voraussetzungen kann keine abschließende Bewertung der Folgen und Machbarkeit des KRITIS Dachgesetzes für die Betreiber kritischer Anlagen in der Ernährungsindustrie gemacht werden. Das KRITIS Dachgesetz sollte hier aber zumindest klare Rahmenregelungen treffen.

Die BVE trifft die Annahme, dass dieses Gesetz laut überarbeiteten Referentenentwurf die KRITIS Betreiber betrifft, die von der noch geltenden KRITIS Verordnung betroffen sind (ca. 100 Unternehmen in der Ernährungsindustrie). Die BVE bietet an, gemeinsam steuerbare Risiken, betroffene Anlagen und kritische Dienstleistungen innerhalb der Lebensmittelverarbeitung zu identifizieren.

Erforderlich ist, dass das KRITIS Dachgesetz die inhaltlichen und zeitlichen Abhängigkeiten sowie die betriebliche Praxis bei der Auswahl und Festlegung von Maßnahmen zur Resilienz nach Artikel 1, §10 (1) berücksichtigt. Der aktuelle Zeitplan erscheint nicht umsetzbar. Die Rechtsverordnungen und Kataloge von Mindeststandards aus §10 (4) und (5), sollten im Artikel 2 ausgelagert werden und später deren Notwendigkeit bei der Evaluierung des Gesetzes geprüft werden. Die Einführung des IT-Sicherheitsgesetzes hat gezeigt, dass die Wirtschaft mit Ihren Branchenverbänden im ersten Schritt auch

ohne derartige Rechtsvorgaben oder Mindeststandards von behördlicher Seite geeignete Maßnahmen und Prozesse etablieren konnten. Dieser Weg ist mit dem in §10 (6) angedachten branchenspezifischen Mindeststandards ermöglicht und würde einen risikobasierten Ansatz ermöglichen. Leitplanken zur Orientierung hierzu sind im §10 (1) und (3) ausreichend vorgegeben.

Die Zuständigkeiten in der Durchsetzung und Aufsicht müssen klar geregelt werden, insbesondere muss sichergestellt werden, dass Unternehmen, die in mehreren Bundesländern kritische Anlagen betreiben nicht unterschiedliche Anforderungen bspw. bei der Nachweiserbringung erfüllen müssen. Das Gesetz sollte zudem ausschließlich die Regulierung von physikalischen Sicherheitsthemen vorsehen. Eine Harmonisierung der gesetzlichen Regelungen bzgl. Begriffsbestimmungen und deren Anwendung mit den Regelungen zur IT-Sicherheit ist zwingend erforderlich. Auch bei den Meldewegen ist eine Harmonisierung wünschenswert. So soll das gemeinsame Online-Portal bestenfalls gleichzeitig auch als Melde- und Nachweisportal für das NIS2UmsuCG und das KRITIS DachG sicher betrieben werden. Es muss der Grundsatz gelten „Ein Vorfall – Eine Meldung“.

Auch sind grundsätzliche Unklarheiten in dem überarbeiteten Referentenentwurf zu beseitigen. Der BVE ist bspw. nicht klar, was mit einem „Resilienzplan“ adressiert ist. Dies sollte konkretisiert werden. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass bereits eine zielführende und praxisgerechte Planung von notwendigen Maßnahmen und deren entsprechende spätere Umsetzung ausreichen, um dem Ziel dieses Gesetzes gerecht zu werden. Bauliche Maßnahmen können bspw. Monate/Jahre in Anspruch nehmen. In Hinsicht auf die Bußgeldregelungen muss sichergestellt werden, dass es keine Doppel-, Mehrfachbestrafung auf ein und dieselbe Anlage und/oder ein und denselben Verstoß geben darf.

In der Ernährungsindustrie erwirtschaften rund 6.000 Betriebe einen jährlichen Umsatz von 218 Mrd. Euro. Mit über 636.000 Beschäftigten ist diese Branche der viertgrößte Industriezweig Deutschlands. Dabei ist die Branche klein- und mittelständisch geprägt: 90 Prozent der Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie gehören dem Mittelstand an. Die Exportquote von 35 Prozent zeigt, dass Kunden auf der ganzen Welt die Qualität deutscher Lebensmittel schätzen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Stefanie Sabet
Geschäftsführerin
Tel. +49 30 200786-143
E-Mail: sabet@ernaehrungsindustrie.de